56. Jahrgang. № 120. Donnerstag, 2. Mai 1912.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 2,60 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 25 Pf.; die zweispaltige Zeile auf Textseite 70 Pf., die zweispaltige Reklamezeile 1,50 M. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einspaltige Grundzeile 35 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden die Grundzeile 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Gegründet 1862. J. A. Bruno König — Brautmöbel — Dresden-L., Lausitzer Strasse 27 :: :: Dresden-L., Amalienplatz und Ringstrasse. — Illustr. Katalog bitte verlangen.

RAUM KUNST — Brautleute kaufen am vorteilhaftesten in der „Raumkunst" Dresden-A., Viktoriastraße 5/7. Unübertroffene Auswahl billiger Wohnungseinrichtungen. Erstklassiges, eigenes Fabrikat. Neuester Schlager: Preßstoffmöbel (D. R.-P.). Elegant — Praktisch — Billig.

Elektrische Lichtanlagen — Ebeling & Croener — :: Bankstrasse 11. ::

Marienbader Tee — „Vesol-Tee", für den tägl. Gebrauch bestimmtes diätetisches Genussmittel, welches die Ausscheidungsorgane in milder, aber spezifischer Weise anregt und in unschädlicher Weise fettzehrend wirkt. Paket, für eine 4wöchige Kur ausreichend, Mk. 3,–, gegen Einsendung von Mk. 3,50 franko. Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Sarsaparill-Kräuter-Maikur — Schutzmarke Dr. Brandes, haltbarer, konzentr. Kräutersaft zur s. g. Reinigung und Auffrischung des Blutes und der Säfte. Zur Vorbeugung gegen Krankheiten sind Maikuren seit alters her gebräuchliche Volksmittel. Flasche, für mehrere Tage ausreichend, 1,20 Mark, verstärkt 1,30 Mark, letzterer auch als Ersatz für Brunnenkuren gegen Korpulenz empfohlen. Generaldepot u. Versand: Salomonis-Apotheke, DRESDEN-A., Neumarkt 8.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wolkig, kühl.

Im Central-Theater fand Gerhart Hauptmanns Tragikomödie „Die Ratten" in der großartigen Aufführung durch das Berliner Lessingtheater geteilte Aufnahme.

Infolge kaiserlicher Verordnung ist das Schiffahrtsabgabengesetz gestern mit Art. 1, 3—7 für das ganze Reichsgebiet, für das Wesergebiet auch mit Art. 2 in Kraft getreten.

Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf über den Zusammenstoß von Schiffen und die Hilfeleistung in Seenot zugegangen.

Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute den neuen § 3 des Militärgesetzes an, wonach die gesamte Heeresmacht des Deutschen Reiches aus 25 Armeekorps besteht.

In der bayrischen Kammer der Abgeordneten gab Ministerpräsident Frhr. v. Hertling eine Erklärung zum Jesuitenerlaß ab, wonach im allgemeinen Urteil über den Jesuitenorden ein Umschwung eingetreten sei.

Bei den gestrigen Sicherheitsmännerwahlen in Oberbergamtsbezirk Dortmund verlor der sozialdemokratische Bergarbeiterverband 200 Mandate.

In der zweiten schwedischen Kammer beantragten die Sozialdemokraten die Absetzung des Königshauses und die Einführung der Republik.

Von den 1901 Personen, die bei der „Titanic"-Katastrophe umkamen, sind bis jetzt 319 geborgen worden.

Bei den Vorwahlen zur Präsidentschaft in Amerika hat bisher Roosevelt 79564 und Taft 81948 Stimmen erhalten.

Dr. Solfs Antrittsrede.

Dr. Solf hat es abgelehnt, eine Programmrede zu halten. Das Programm seiner beiden Vorgänger sei auch das seine, und zugleich unterstrich er diese Bemerkung, indem er hinzufügte, auch sein Ziel sei, die Rohproduktion unserer Kolonien zu fördern. Er hat es also vermieden, die Besiedlungsfrage zu erwähnen. Seine Rede ist überhaupt mustergültig vorsichtig, sie sucht das Heer der kolonialen Wünsche und Gegensätze nach Kräften zu befriedigen und möglichst wenig Anstoß zu erregen. Selbst den Sozialdemokraten, die durch den „Hanseaten" Henke die ganze Kolonialpolitik soeben hatten herunterreißen lassen, suchte der Staatssekretär mildere Seiten abzugewinnen, indem er erklärte, sie seien im Grunde ihres Herzens gar keine Kolonialfeinde mehr. In dieser Ansicht ist Dr. Solf wohl durch die Ausführungen des Sozialdemokraten Noske gebracht worden, der in einigen Punkten die Rede Henkes abzuschwächen suchte. Der Ruf, der Dr. Solf voranging, daß er ein kluger Diplomat sei, hat in seiner Reichstagsrede eine volle Bestätigung gefunden.

Wer diese Rede vergleicht mit den Reden seiner Vorgänger, wird sofort einen großen Unterschied feststellen können. Sowohl Dernburgs wie Lindequists Reden hatten eine ausgesprochene persönliche Note. Beide Männer waren keine großen Redner, aber hinter ihren Reden im Reichstage stand stets der ganze Mann, das war oft unbequem, und es war wirklich kein Wunder, wenn, wie es vor allem bei Dernburg der Fall war, der Kolonialstaatssekretär oft der Gegenstand heftiger Angriffe war. Weil eben beide Männer starke Persönlichkeiten waren, mußten sie ihr Amt verhältnismäßig früh wieder aufgeben. Mochte auch Dernburgs Zeit erfüllt sein, seine einseitig kapitalistische Kolonialpolitik führte auf eine schiefe Bahn; Lindequist ging unzweifelhaft zu früh.

Der dritte Staatssekretär des Kolonialamtes hat nun versprochen, in den Wegen seiner Vorgänger zu wandeln. Handelt es sich bei dieser Versicherung um mehr als eine landläufige Redensart, so wird man die Entwicklung unserer Kolonien gesichert wissen. Der Diplomat Solf hat wesentlich leichtere Arbeit als seine Vorgänger. Dernburg mußte erst mit dem alten Schlendrian aufräumen und Lindequist mit der Vorherrschaft des Großkapitals namentlich in Südwestafrika. Lindequist arbeitete zielbewußt auf eine großzügige Siedlungspolitik hin, soweit das in unseren Kolonien möglich ist. Er fand dabei einen nicht zu unterschätzenden Widerstand in dem Gouverneur von Ostafrika, Freiherrn von Rechenberg, der noch immer fest im Sattel saß. Jetzt ist Herr von Rechenberg verabschiedet worden, Dr. Solf hat also freie Hand, denn dem neuen Mann in Deutsch-Ostafrika kann er die Signatur seines Willens aufdrücken.

Gerade die ausgesprochen kolonialfreundlichen Kreise haben dem neuen Staatssekretär bisher sehr abwartend gegenübergestanden. Als Gouverneur von Samoa war Dr. Solf der am meisten befehdete Mann. Seine Tätigkeit hat dort ungesunde Zustände, wenn auch nicht geschaffen, so doch bestehen lassen; die in Samoa entstandene Bastardbevölkerung ist der beste Beweis dafür. Heute hat Dr. Solf selber eingesehen, daß seine Politik eine verfehlte war, denn eine seiner ersten Maßnahmen als Staatssekretär war der Erlaß eines Verbotes der Eheschließung Weißer mit Eingeborenen. Durch eine weitere Verfügung wurde dieses Verbot auch auf Südwestafrika ausgedehnt. Aus dem Saulus ist also ein Paulus geworden. Auch in der Siedlungsfrage machte die samoanische Verwaltung einen Wandel durch. Bisher war in Samoa das System der Kleinsiedlung verpönt, jetzt tritt die halbamtliche „Samoanische Zeitung" mit Eifer für diese Besiedlungsart ein. Auch das ist ein erfreulicher Wandel.

Man wird also gut tun, Herrn Dr. Solf nicht nach seiner etwas farblosen Antrittsrede zu beurteilen, sondern nach seinen Taten. Vielleicht wird der diplomatische dritte Kolonialstaatssekretär mehr erreichen, wie seine undiplomatischen Vorgänger. Seine ersten Verordnungen waren zweifellos klug und verständig. Neue Aufgaben stehen bevor, der uns zugefallene Kongoteil muß angegliedert und rationell bewirtschaftet werden, die Krisis in Südwest drängt zu einer Entscheidung, und vor allem die Siedlungsfrage bedarf einer energischen Lösung. Hoffen wir, daß der Staatssekretär die rechten Wege findet.

Der unmögliche Ausgleich.

Graf Thun, der tschechisierende Statthalter Böhmens, wollte die Deutschen und Tschechen Böhmens wieder einmal miteinander „versöhnen". Zu diesem Zweck bildete er eine Ausgleichskommission, die schon seit Jahr und Tag arbeitet, um sich jetzt „wieder einmal" aufzulösen. Wenigstens besteht die Gefahr, daß durch den Austritt der tschechischen Nationalsozialen die Kommission gesprengt wird. Falls die Auflösung tatsächlich eintritt, so wird die Kommission nach einiger Zeit doch wieder zusammentreten, und dieselbe Komödie wird sich wiederholen.

Es ist einer der verhängnisvollsten Fehler des Fürsten Schwarzenberg gewesen, der die Revolution des Jahres 1848 siegreich überwunden hatte, daß es ihm nicht gelang, die gemäßigten tschechischen Elemente zu sammeln und somit eine deutsch-tschechische Verständigung zustande zu bringen. Die Deutschen Böhmens haben der nationalen Wiedergeburt der Tschechen sehr freundlich gegenübergestanden, und auch die Mehrheit der Tschechen wollte Frieden mit den Deutschen halten. Eine geraume Zeit haben so Deutsche und Tschechen Hand in Hand gearbeitet, und zur Zeit der Revolution selber stand die tschechische Mehrheit durchaus auf dem Standpunkt, den Deutschen Böhmens die nationale Autonomie zu geben. Erst als die Tschechen in die Opposition gedrängt wurden durch Schwarzenberg, begann die Lehre von dem „historischen Recht" Böhmens die Oberhand zu gewinnen, obwohl dieses historische Recht bereits 1620 durch die Schlacht am Weißen Berge vernichtet war. Es ist nun bezeichnend, daß gerade der böhmische Großgrundbesitz, der dieser Schlacht sein Dasein letzten Endes erst verdankt, da die Güter der verbannten Protestanten den Parteigängern Ferdinands II. zum Lohne gegeben wurden, für dieses historische Recht eintrat und noch heute eintritt. Auch hierin ist eine schwere Unterlassungssünde Schwarzenbergs zu sehen, der seinen eigenen Standesgenossen mißtraute und sie ebenfalls in oppositionelle Lager trieb. Heute ist das eigene Geschlecht des österreichischen Staatsmannes völlig tschechisiert.

Die Fehler der Schwarzenbergischen Politik sind in der Folgezeit durch Männer wie Badeni und Thun noch verschlimmert worden, so daß ein Ausgleich zwischen den beiden Völkern Böhmens so gut wie unmöglich scheint. Die Tschechen verlangen von den Deutschen die Anerkennung des sogenannten böhmischen Staatsrechtes, dessen Ziel die Loslösung Böhmens von Oesterreich ist. Nur durch Personalunion, etwa wie Ungarn, wollen die Tschechen noch mit dem Kaiserstaat verbunden sein. Für die Deutschen ist die Stellung Böhmens als Kronland einfach eine Lebensfrage. Ihrem Staatsrecht zuliebe, das natürlich die Einheitlichkeit Böhmens voraussetzt, verweigern die Tschechen den Deutschen jede nationale Autonomie. Die Tschechisierung der Deutschböhmen wird rücksichtslos betrieben und vom Statthalter gefördert. Verhängnisvoll ist hierbei die Nachgiebigkeit der Wiener Regierung, die nur sehr selten sich zu energischen Maßnahmen aufgerafft hat. Sowald aber die Tschechen in Wien auf Widerstand stießen, wurden sie geschmeidig und erklärten sich zu Ausgleichsverhandlungen bereit. Bis dann wieder der Wind umschlug. So ziehen sich die Ausgleichsverhandlungen hin, ziellos und endlos und fruchtlos.

Die führenden Kreise der Tschechen sind heute durch und durch antiösterreichisch. Sie warten auf eine nationale Erlösung genau so wie die Polen Galiziens, denen es leider zu gut geht, und die Italiener Südtirols und Triests. Sie glauben felsenfest an eine große slawische Zukunft, in der sich nach einem berühmten Wort Karl Havlicecks, des Tschechenführers der Revolutionszeit, „das Miserere der Slawen in ein Tedeum verwandeln" werde, und diese Zukunft bereiten die Tschechen zielbewußt vor.

—e.

Drahtmeldungen

vom 1. Mai.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Präsident Kaempf kündigt eine Abendsitzung an, damit der Kolonialetat morgen erledigt werden kann. Die Wahl des Abg. Kreth (kons.) wird für gültig erklärt, die des Abg. Haupt (Soz.) beanstandet und darauf die Beratung des Kolonialetats fortgesetzt. — Abg. Dr. Paasche (ntl.): Da die Kolonialpolitik auch im Interesse der Arbeiter liegt, sollten die Sozialdemokraten ebenso wie die anderen Parteien des Hauses daran mitarbeiten. (Abg. Noske: Tun wir ja auch!) Vorläufig stehen Sie noch zu sehr unter der Fuchtel der Radikalen. Sie sollten doch auch anerkennen, was in den Kolonien Gutes geschieht. Die Freisinnigen haben jetzt dieselben Anschauungen über die Kolonien wie wir, und darüber freuen wir uns ganz besonders. Wir werden mit den Freisinnigen Hand in Hand arbeiten für das neue Deutschland jenseits des Ozeans. Redner erklärt die sozialdemokratische Behauptung, er habe die Neger als Arbeitstiere hingestellt, für illoyal. (Präsident Dr. Kaempf rügt den Ausdruck.) Ohne die Kolonien würden wir den amerikanischen Spekulanten in die Hände fallen. Wir dürfen nicht vom Auslande abhängig sein. Redner spricht über den Alkohol in Südwestafrika, der „versoffensten Kolonie". Vertrinkt doch ein höherer Beamter bei bescheidenen Ansprüchen im Durchschnitt 3000 Mark jährlich! Also nicht nur den Negern sollte man den Alkoholgenuß erschweren. (Beifall.) — Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Unsere neuen Kolonien am Kongo können sich nur rentieren, wenn wir auf Güterzufluß aus dem Kongogebiete rechnen können. Jetzt erhebt aber die belgische Regierung Zölle und Abgaben und nimmt die Hälfte des im Kongostaat erworbenen Elfenbeins für sich. Das sind grobe Verletzungen der Kongoakte. Was wird die deutsche Regierung dagegen tun? Auch Frankreich läßt sich im französischen Kongo Uebergriffe zu schulden kommen. Redner begrüßt die ostafrikanische Jagdordnung und spricht gegen die Ausrottung der Vögel, z. B. des Edelreihers. Für die kolonialen Rechtsverhältnisse fordert er ein Kompetenzgesetz, für jede Kolonie ein eigenes Verwaltungs- und Strafprozeßrecht. Nur 5 Prozent der Schüler besuchen die Schule und 95 Prozent die Missionsschulen. (Hört, hört!) Welches sind die Aufsichtsrechte des Staates? — Abg. Numm (Wirtsch. Vgg.): Welche Harmonie! Nur die Sozialdemokraten stehen noch abseits, und sie werden sobald nicht mitmachen: aber vielleicht hat Herr Henke heute ein Täßchen Kakao zum Frühstück getrunken. Er stammt aus unseren Kolonien. Oder vielleicht hat Frau Noske zur Feier des 1. Mai ein Hühnlein bereitet mit Pflanzenbutter aus unseren Südseekolonien. (Heiterkeit.) Der Redner fordert in einer Resolution eine weitere Einschränkung des Alkoholimports und den baldigen Zusammentritt der Brüsseler Konferenz. Einmütig erkennt der Reichstag den edlen Opfermut der Missionare an. — Präsident Dr. Kaempf teilt mit, daß gegen die Abendsitzung nachträglich Einwendungen erhoben worden sind. Er sei bereit, davon abzugehen, wenn die heutige Sitzung bis ½8 Uhr ausgedehnt wird. (Zustimmung.) — Abg. Ledebour (Soz.): Wir erleben es immer wieder, daß neue Mitglieder oder neue Minister uns Sozialdemokraten hier gute Lehren geben wollen. Als der Staatssekretär auf Samoas Fluren wandelte, Blumen im lockigen Haar (Heiterkeit), da hat er wohl die „Nordd. Allg. Ztg." gelesen und Bilder von den Sozialdemokraten gefunden, scheußlicher als die Kannibalen. Gewiß, wir bekämpfen die Kolonialpolitik, aber wir arbeiten auch positiv mit, um das Los der unterjochten Völker möglichst zu bessern. — Abg. Colshorn (Welfe) erklärt, man dürfe die Baumwollkultur nicht zu optimistisch betrachten. — Abg. David-

Eßt Pfunds Yoghurt!